

DER FINANZMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE

10/ 762 - 1

An den
Gutachterdienst der Arbeits-
gruppe Personalbedarf und
Stellenpläne des Haushalts-
und Finanzausschusses des
Landtags Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf

4000 DÜSSELDORF 30, 48 .11.1986
JÄGERHOFSTRASSE 6

WF 1002 - 001 - I C 2

Betr.: Entwicklung der Aufwendungen der Medizinischen Einrich-
tungen des Landes von 1981 bis 1985

Bezug: Sitzung der Arbeitsgruppe Personalbedarf und Stellenpläne
vom 24.11.1986

In der o.a. Sitzung hat der Minister für Wissenschaft und
Forschung eine schriftliche Darstellung der Aufwands- und Er-
tragsentwicklung bei den Medizinischen Einrichtungen des Landes
von 1981 bis 1985 zu Protokoll übergeben. Das Finanzministerium
hat eine Stellungnahme zugesagt. Diese wird mit der Bitte über-
sandt sie dem Protokoll der o.a. Sitzung ebenfalls beizufügen.

Die vom MWF überreichte Aufstellung der kaufmännischen Jahres-
abschlüsse der Medizinischen Einrichtungen von 1981 bis 1985 ist
zahlenmäßig im wesentlichen zutreffend.

Allerdings können die aus dem Zahlenmaterial gezogenen Folge-
rungen nicht voll nachvollzogen werden, da verschiedene Gesichts-
punkte hierbei unberücksichtigt geblieben sind.

So stellt sich etwa das Jahresergebnis 1985 deshalb so günstig dar, weil den Medizinischen Einrichtungen der Universität Münster erhebliche Mehrerträge aus Nachzahlungen nach Abschluß des Vergleichs über die Pflegesätze infolge der Wirtschaftlichkeitsprüfung zugeflossen sind.

Bei den Medizinischen Einrichtungen der RWTH Aachen sind, wie auch in den Vorjahren, die im Haushaltsvollzug gem. § 7 (7) Haushaltsgesetz 1984 zusätzlich eingerichteten Stellen auch 1985 nicht zügig besetzt worden. Dies und die hohe Personalfuktuation haben bei den Medizinischen Einrichtungen der RWTH Aachen zu einem hohen Ausgabereist geführt.

Wenn sich insgesamt die Steigerung des Zuschußbedarfs bei den Medizinischen Einrichtungen seit 1981 in Grenzen gehalten hat, so ist doch auffällig, daß an den Neubaustandorten, die die wesentlichen Personalzugänge hatten (Aachen, Münster und Düsseldorf) die höchste Steigerung zu verzeichnen ist. So ist laut Haushalt der Zuschußbedarf von 1981 bei den ME Aachen um 35,7 Mio DM, bei den ME Münster um 35,2 Mio DM und bei den ME Düsseldorf um 5,1 Mio DM gestiegen. An den übrigen Standorten ohne Neubauten stagniert er oder geht zurück. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß an diesen Standorten im Hinblick auf anstehende Neubauprojekte der Instandhaltungs- und Erneuerungsaufwand bewußt gering gehalten wurde. Auf diese Weise tragen die ohnehin kostengünstiger arbeitenden alten Standorte Bonn, Essen und Köln, die keine wesentlichen Personalzugänge hatten, entscheidend zu der vom MWF dargelegten positiven Gesamtentwicklung bei.

Fraglich ist auch, ob die vom MWF aufgezeigte positive Tendenz relativ geringfügiger Steigerungen zukünftig über 1985 hinaus zu halten sein wird. So ist nicht auszuschließen, daß die Medizinischen Einrichtungen der Universität Münster bereits für 1986 eine überplanmäßige Mehrausgabe von mehr als 20 Mio DM fordern werden.

Die insgesamt mäßige Steigerung des Zuschußbedarfs dürfte ferner mit darauf zurückzuführen sein, daß gerade in den Jahren 1981 bis 1985 mit den Kassen Sondervereinbarungen über die Vergütung besonders teurer Leistungen getroffen werden konnten. Im Hinblick auf die ohnehin überproportional ansteigenden Ausgaben der Krankenkassen für den stationären Bereich erscheint es jedoch zweifelhaft, ob hier in den nächsten Jahren weitere Zugeständnisse zu erreichen sein werden. Nach dem Vortrag des Wissenschaftsministers anlässlich der Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1987 auf Ressortebene ist vielmehr zu befürchten, daß eine dem Aufwand der Krankenversorgung entsprechende Steigerung der Erträge gegen die Kassen nicht durchzusetzen sein wird. Da andererseits die Betriebskosten im medizinischen Bereich aufgrund steigender Technisierung und hoher Personalintensität überproportional steigen, dürfte sich längerfristig gesehen die Tendenz zu einer Unterdeckung der Kosten für die Krankenversorgung nachhaltig verstärken. In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß durch die Novellierung des Pflegesatzrechtes gerade die Situation der Universitätskliniken gegenüber den Kassen noch schwieriger werden wird.

Der Anstieg der Erträge in den Jahren 1981 bis 1985 insbesondere in Aachen wurde zudem dadurch begünstigt, daß am Klinikum neue Abteilungen und Bereiche ihre Arbeit aufgenommen haben und die Belegung von einer niedrigen Auslastungsquote auf etwa 80 % gesteigert werden konnte. Diese Entwicklung scheint jedoch an allen Standorten abgeschlossen. Eine Steigerung der Auslastung ist kaum zu erwarten. Die weitere Aufgliederung von Universitätskliniken in zusätzliche Abteilungen kann somit nicht mehr zu einer Steigerung, sondern lediglich zu einer Verlagerung der Erträge führen.


Wenn zudem die Stellen mit der Notwendigkeit der Entlastung vorhandenen Personals begründet werden, so ergibt sich bereits aus diesem Vortrag, daß keine zu vergütenden Mehrleistungen erbracht werden, sondern vielmehr der vorhandene Leistungsstand

von zusätzlichem Personal mit bewältigt werden soll. Die Optimierung und Abrundung des Angebots sowie die Entlastung vorhandenen Personals kann nicht zu den Leistungssteigerungen führen, die allein in der Vergangenheit die relativ günstige Entwicklung des Zuschußbedarfs ermöglicht haben.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß hoher technischer Aufwand für die Krankenversorgung naturgemäß eine hohe technische Infrastruktur bedingt, die erhebliche sächliche und personelle Betriebskosten verursacht. Gerade an den Standorten der Neubauten hat sich gezeigt, daß dieser Bereich gegenüber der reinen Krankenversorgung einen immer größeren Umfang annimmt. Dies wird durch die bereits bekanntgewordenen Aussagen des Grünberg-Gutachtens zum Klinikum Aachen bestätigt.

Im Hinblick auf die laufenden Neubauten in Köln und Essen sowie geplante Vorhaben in Bonn und Düsseldorf wird sich in Zukunft diese Entwicklung noch verstärken.

In Vertretung



Dr. Haacke